



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2010/2013
16. Sitzung	Donnerstag, 23. Mai 2013 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Bettina Lutz Güttler, Präsidentin
Protokoll	Romana Giandico-Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Marion Möllerke Brigitte Schmid
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Anton Meier, Gemeindeschreiber Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen Thomas Weber, Leiter Schwimmbad
Traktandum 5	
Traktandum 7	
Entschuldigt	Silvia Dingwall Stucki Reto Hehli Stefan Semela
Ende der Sitzung	22.15 Uhr

Behandelte Geschäfte		Seite
1	2013/07 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	300
2	2013/08 Inpflichtnahme Wyss Robert, CVP	302
3	2013/09 Einbürgerungen	302
4	2013/10 Ersatzwahl Mitglied Wahlbüro (Rücktritt des bisherigen Mitglieds Josef Frank)	303
5	2013/11 Rechnung 2012	304
6	2013/12 Rechenschaftsbericht 2012	306
7	2013/13 Hallen- und Gartenbad Sauna Neugestaltung, Kredit von CHF 125'000	309
8	2013/14 Hertensteinstrasse, Kredit von CHF 50'000 für die Projektierung der Sanierung der Werkleitungen	311
9	2012/34 Postulat Ueli Zulauf, Baldeggtunnel / Beantwortung	313
10	2012/30 Postulat Erich Schmid, Solaranlagen / Beantwortung	316
11	2013/15 Umfrage	320

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung.

Für die heutige Sitzung haben sich folgende Personen entschuldigt: Silvia Dingwall Stucki, Reto Hehli und Stefan Semela.

Es sind somit zu Beginn der Sitzung 36 in Pflicht genommene Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

1 2013.07 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Bettina Lutz Güttler: Zum **Formellen:** Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist sind am 8. April 2013 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 28. Februar 2013 in Rechtskraft erwachsen: Auflösung des Gemeindeverbands "Ambulanter Sprachheilunterricht unteres Limmattal"; Kredit von CHF 1'100'000 für die Erneuerung von Beleuchtung und elektrischen Installationen im OSOS; Kredit von CHF 80'000 für die Schulraumplanung der Gemeinde Obersiggenthal.

Zu den **Mitteilungen:** **Bettina Lutz Güttler:** Das Wort wird Max Läng gegeben.

Max Läng, Gemeindeammann: Schulstrasse/Markthof: Vor einiger Zeit habe ich Sie darüber orientiert, dass die Gemeinde die Schulstrasse im überdachten Bereich verkaufen will. Das ist ein extrem schwieriges und mühsames Unterfangen. Dies deshalb, weil die Interessen der Grundeigentümer äusserst unterschiedlich sind. Seit 2008 sind wir am Verhandeln. Am 14. April dieses Jahres war die Vertragsunterzeichnung, wir haben uns auf einen Betrag von 30'000 Franken geeinigt. Leider haben von 10 nur 8 Grundeigentümer teilgenommen. Den fehlenden Unterschriften muss der zuständige Notar Dr. Ramisberger nun noch hinterher rennen. Er hofft, dass das Geschäft Ende Mai 2013 unter Dach und Fach sein wird. Mit diesem Verkauf kann sich die Gemeinde von sehr heiklen Haftungsrisiken als Mitgrundeigentümer endlich trennen.

Aus dem Kaufvertrag zitiere ich folgende Passagen: „Die Parzelle Einkaufsstrasse ist gemäss Gestaltungsplan „Zentrumszone“ jederzeit öffentlich zugänglich zu halten (...).“

„Der Einwohnergemeinde Obersiggenthal steht die Einkaufsstrasse nach Absprache mit der Verwaltung der Eigentümer-Gemeinschaft für öffentliche Anlässe zur Verfügung.“ (Das heisst im bisherigen Rahmen).

„Politische Parteien und Gruppierungen, die in Gemeinde, Kanton oder Bund im Parlament vertreten sind, sowie die Einwohner- und Ortsbürgergemeinde Obersiggenthal und gemeinnützige Institutionen, die nach den kantonalen Richtlinien steuerbefreit und in der Gemeinde Obersiggenthal ansässig sind, können von günstigeren Konditionen profitieren.“ (Falls Aufwendungen entstehen, wie zusätzliche Reinigung, Möblierungen usw.).

„Die Einzelheiten der Benutzung des Platzes durch die Öffentlichkeit bzw. durch die Einwohnergemeinde Obersiggenthal werden in einem separatem Nutzungsreglement festgehalten.“
Noch viel länger, nämlich seit 2003 verhandelt die Gemeinde mit der Eigentümervereinigung Markthof über einen öffentlich rechtlichen Vertrag. Die Rechtsgrundlage dazu sind die Bestimmungen des Gestaltungsplanes. In diesem Vertrag sind die Grundsätze formuliert, wie der Markthof verwaltet wird. Bei diesem Vertragswerk fehlt noch eine Unterschrift, obwohl der Vertrag seit dem 4. Juli 2012 bereinigt vorliegt.

Das dritte Vertragswerk, nämlich das Nutzungsreglement betrifft nur die Hauseigentümervereinigung und die Vereinigung Einkaufszentrum Markthof. Die Gemeinde ist hier nicht Vertragspartner. In diesem Reglement werden Details zwischen den beiden Vereinigungen geregelt.

Vor zwei Wochen konnte der Wettbewerb Goldiland juriert werden. Gewonnen hat das Büro Meier und Leder in Baden, an zweiter Stelle liegen Stoosarchitekten in Brugg und an dritter Stelle die Arbeitsgemeinschaft Zulauf&Schmidlin/Max Müller in Baden. Die Ausarbeitung des Jurieberichtes ist demnächst abgeschlossen.

Am Montag, 10. Juni 2013, 17.30 Uhr, werden die Projekte im Foyer des Gemeindehauses ausgestellt. Der Einwohnerrat wird schriftlich eingeladen und die Öffentlichkeit durch die Presse. Geplant ist, dass bis Ende dieses Jahr das Bauprojekt mit den Kosten vorliegt, damit der Kredit in der März Sitzung 2014 dem Einwohnerrat mit anschliessender Volksabstimmung vorgelegt werden kann.

Termine Zonenplanrevision: Aufgrund einer neuen Vorgabe des Bundes besteht die Gefahr, dass laufende Zonenplanungen, die nicht bis zum März 2014 rechtsgültig sind, von einem Moratorium betroffen sein könnten. Das würde heissen, dass alle Planungen gestoppt werden müssen, bis der Kanton den neuen Richtplan erarbeitet hat. Das kann Jahre dauern. Deshalb setzen wir in Zusammenarbeit mit dem Kanton alles daran, das bis Ende Jahr die Zonenplanrevision abgeschlossen ist. An der letzten Gemeinderatssitzung haben wir folgende Termine festgelegt:

Die öffentliche Auflage findet vom 27. Mai bis 25. Juni 2013 statt. Einwendungen können nur noch Direktbetroffene machen. Mitte August finden die Einwendungsverhandlungen statt. Am 2. September 2013 wird die Vorlage an die Einwohnerräte versandt.

Am Montag, 16. September 2013 findet eine Orientierung des Einwohnerrats statt. Die Einladung erfolgt schriftlich.

In dieser und der darauffolgenden Woche sollten die Fraktionssitzungen noch vor den Herbstferien stattfinden.

Die Einwohnerratssitzung, nur mit diesem Geschäft, wird am 17. Oktober 2013 stattfinden. Dieser Termin ist bereits reserviert, falls eine Steuerfussänderung nötig wäre. Dies ist aber nicht der Fall. Eine Woche später, am 24. Oktober 2013 findet die übliche Budgetsitzung statt.

Ein weiterer Termin ist der 23. August 2013. Es findet das Abschlussessen für sämtliche Kommissionen statt. Wir haben dieses Essen vor vier Jahren zum ersten Mal in dieser Form so durchgeführt und es hat sich bewährt.

In den nächsten Tagen werden die Nutzer der Sporthalle, also die Sportvereine und die Schulen, vom Gemeinderat einen Brief erhalten mit der Überschrift: „Sporthallenbelegung über dem Limit“. Es ist einerseits erfreulich, dass unsere Sportvereine sehr erfolgreich sind, was aber zur Folge hat, dass ständig versucht wird, die Halle noch stärker zu belegen. Die Halle ist bereits heute jedes Wochenende und an den Werktagen von morgens 8 Uhr bis oft gegen Mitternacht belegt. Die Reinigungs- und Unterhaltsaufwand steigt deshalb ständig an und die Hauswarte müssen bereits wieder zu viele Überstunden leisten. Dieser Brief ist ein Aufruf an alle Nutzer, sich in ihren Ansprüchen zu mässigen und vor allem auch zu den Anlagen mehr Sorge zu tragen. Der Gemeinderat wird in der nächsten Zeit zusätzliche Massnahmen diskutieren und festlegen. Die Nutzer werden wir darüber orientieren.

Traktanden für die Augustsitzung

- Tarifordnung Tagesstrukturen
- Baukredit Neuanlage Familiengärten Trottenacker
- Entschädigung Gemeindeammann und Gemeinderäte
- Kreditabrechnung a fonds perdu Erweiterung AWZ Gässliacker
- Kreditabrechnung Hallen- und Gartenbad Folienauskleidung

Und zum Schluss eine Nachricht, die erst vor kurzem eingetroffen ist: Bundespräsident Ueli Maurer wird am 1. August die Rede halten. Er wird zwischen 10 und 12 Uhr bei uns eintreffen, sofern er bis dann von seiner Chinareise zurückgekehrt ist.

Zu den **Eingängen**: Es sind keine Neueingänge zu verzeichnen.

Zum **Protokoll**: Es sind keine Änderungsanträge zum Protokoll der Sitzung vom 28. Februar 2013 eingegangen.

2 2013.08 **Inpflichtnahme Wyss Robert, CVP (Rücktritt Weber Michael)**

Bettina Lutz Güttler: Michael Weber hat den Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Das Rücktrittsschreiben wurde vorgelesen.

Robert Wyss wird die Nachfolge für den zurückgetretenen Michael Weber im Einwohnerrat antreten.

Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Art. 1 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal.

Robert Wyss: Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln. Ich hoffe, dass es immer eine faire und sachliche Diskussion geben wird und dass das Wohl der Gemeinde im Vordergrund steht und nicht das Parteiendenken.

Bettina Lutz Güttler: Somit sind zurzeit 37 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

3 2013.09 **Einbürgerungen**

Eintreten wird nicht bestritten.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich möchte den Ablauf der Einbürgerungsgesuche klarstellen und erläutern. Im Vorfeld der Dezember-Sitzung im letzten Jahr hat es einen Fall von direkter Informationsbeschaffung über einen Schüler bei einer Lehrperson gegeben. Dieses Vorgehen entsprach nicht dem Dienstweg. Der Fall ist von der Schulleitung aufgenommen, entsprechende Gespräche sind geführt worden und der richtige Ablauf ist nochmals bekräftigt worden.

Ansprechpartner für Auskünfte im Einbürgerungswesen ist in jedem Fall die Einbürgerungskommission. Die Gemeindeverwaltung handelt im Auftrag der Kommission und die Verwaltung ist auch die Kontaktstelle zwischen Schule und Kommission bzw. Gemeinderat.

Die Bewerber (die Eltern) haben die Behörden mit ihrer Unterschrift zur Einholung von Auskünften bei der Schule bevollmächtigt. Die Auskünfte über Schülerinnen und Schüler werden von der Gemeindekanzlei im Auftrag der Einbürgerungskommission bei der Schulleitung angefordert. Diese besorgt die notwendigen Informationen bei den betroffenen Lehrpersonen und lässt sie dann der Einbürgerungskommission zukommen. Es gibt keine Auskünfte von den Lehrpersonen oder von der Schulleitung direkt an Mitglieder des Einwohnerrates oder an einzelne Kommissionsmitglieder. Und wenn zusätzliche Nachfragen nötig sind, hält auch die Kommission den Dienstweg über die Schulleitung ein.

Bettina Lutz Güttler: Gibt es Fragen zu den einzelnen Einbürgerungen?

André Kummer: Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich den Antrag auf geheime Abstimmung.

Bettina Lutz Güttler: Abstimmungen über Einbürgerungen werden grundsätzlich offen durchgeführt, sofern nicht mindestens ein Viertel der anwesenden Ratsmitglieder die geheime Abstimmung verlangt. Es sind 37 Ratsmitglieder anwesend. Für die geheime Abstimmung sind somit 10 Stimmen nötig.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Ablehnung eines Gesuchs begründet werden muss. Die Vorsitzende ermittelt in Globo die Stimmen für eine geheime Abstimmung. Es entscheiden sich deutlich mehr als 10 Ratsmitglieder für die geheime Stimmabgabe.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenrelevante Daten entfernt.

4 2013.10 Ersatzwahl Mitglied Wahlbüro (Rücktritt bisheriges Mitglied Josef Frank)

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler: Ich gebe das Wort frei für Wahlvorschläge.

Linus Egger: Nach dem gesundheitlichen Rücktritt von Josef Frank, ist die CVP in der glücklichen Lage Ihnen mit Alessia Petranca eine junge, aufgestellte Person für das Wahlbüro vorzuschlagen. Sie ist in Obersiggenthal aufgewachsen, hat alle Schuljahre hier absolviert und besucht zurzeit die Kantonsschule in Baden. Alessia Petranca ist politisch interessiert und würde gerne im Wahlbüro mithelfen um die Resultate möglichst schnell zu eruieren. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

Bettina Lutz Güttler: Es gibt keine weitere Wahlvorschläge. Ich schlage daher vor, dass die Wahl offen durchgeführt wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Wahlen

Alessia Petranca soll als Ersatz von Josef Frank ins Wahlbüro gewählt werden. Alessia Petranca wird einstimmig gewählt.

5 2013.11 Rechnung 2012

Eintreten wird nicht bestritten.

Bettina Lutz Güttler: Ich gebe zuerst Linus Egger, Finanzkommissionspräsident das Wort. Von Seiten der Verwaltung nimmt Bernhard Wehrli Einsitz.

Linus Egger: Den Prüfungsbericht der Finanzkommission und die Rechnung haben Sie erhalten. Die darin enthaltenen Punkte möchte ich nicht weiter ausführen. Ich werde jedoch versuchen, Ihnen mit einfachen Folien die wichtigsten Punkte, welche zu den Resultaten geführt haben, aufzuzeigen.

Linus Egger zeigt anhand einer Folie, dass CHF 944'000 mehr Steuereinnahmen eingenommen wurden als budgetiert. Bei den Aktiensteuern waren es rund CHF 235'000 weniger Einnahmen als budgetiert. Ebenfalls weniger wurden bei den Quellensteuern eingenommen, dort waren es CHF 63'000 weniger gegenüber dem Budget.

Beim Entgelt sind vor allem die Sozialhilferückerstattungen von CHF 490'000 zu erwähnen. Ebenfalls hat es eine Rückerstattung von CHF 26'000 für den Zivilschutz gegeben.

Bei der Aufwandseite haben wir beim Personal rund CHF 125'000 mehr ausgegeben als budgetiert. Dies sind vorgegebene Pensenaufstockungen, welche während dem Jahr 2012 vom Einwohnerrat genehmigt wurden (Bauverwaltung, Betriebsamt und Wochenendhauswarte). Der Sachaufwand schlägt mit Mehrausgaben von rund CHF 71'000 zu Buche. Dies ist vor allem auf den baulichen Unterhalt zurückzuführen. Bei den Passivzinsen mussten weniger Zinsen für die kurzfristigen Schulden aufgewendet werden. Daher konnte ein Minderaufwand von CHF 85'500 verbucht werden. Bei den Abschreibungen sind die gesetzlich vorgeschriebenen 10% enthalten. Da das Budget besser ausgefallen ist, konnten auch mehr Abschreibungen vorgenommen werden. Die Gemeinde hat vom Kanton CHF 23'000 und von anderen Gemeinden CHF 40'000 weniger Entschädigungen erhalten.

Linus Egger zeigt anhand einer Folie die Entwicklung von Budget und Rechnung in den letzten Jahren.

Die Differenz zwischen Budget und Rechnung ist sehr gross. Letztes Jahr wurde die Rechnung gegenüber dem Budget unterschritten. Auch in diesem Jahr wurde die Rechnung gegenüber dem Budget noch sehr gering unterschritten.

Anhand von weiteren Folien zeigt Linus Egger auf, wo Obersiggenthal bei den Steuerausständen im Vergleich mit dem Bezirk oder dem Kanton steht. Daraus ist deutlich ersichtlich, dass wir unter dem Kantons- bzw. Bezirksdurchschnitt stehen.

Die Spitex schloss rund CHF 67'000 schlechter ab als budgetiert. Dies wurde durch die grösseren Personalaufwendungen verursacht.

Beim Schwimmbad wurden rund CHF 107'000 Mehrausgaben verursacht als budgetiert. Diese sind damit zu erklären, dass man noch eine Altlast hatte wie Mehrwertsteuer, Personal im BVG anmelden, da die Löhne stiegen, usw.

Die Nettoverschuldung stiegen von rund 8.9 Mio. auf 13.4 Mio. Die Verschuldung wird in den nächsten Jahren gemäss dem heutigen gültigen Finanzplan weiter steigen.

Beim Abfuhrwesen stehen sich Graugut, Grüngut und Grundgebühr gegenüber. Wie Ihnen bekannt ist, muss in einer gewissen Zeit eine 100%-Deckung erreicht werden. Die Gebühren wurden in den letzten Jahren deutlich gesenkt. Ende 2012 resultiert ein Deckungsgrad von 102%.

Bettina Lutz Güttler: Zuerst dürfen sich die Fraktionen generell zur Rechnung äussern, anschliessend würde die Rechnung Seite um Seite besprochen und Detailfragen besprochen.

Willi Graf: Die CVP-Fraktion hat die Rechnung 2012 eingehend diskutiert und das Resultat besprochen. Linus Egger hat uns heute aufgezeigt, wie die Rechnung zustande gekommen ist und wie sie im Vergleich zu den anderen Jahren steht. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an die Finanzkommission. Nach wie vor müssen wir unseren Finanzen Sorge tragen, aber wir freuen uns sehr über das gute Resultat und schätzen die zusätzlichen Abschreibungen, welche der finanziellen Lage der Gemeinde sicher gut tun. Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu. Wir verdanken die Arbeit der Finanzkommission und der Verwaltung.

Eugen Paul Frunz: Die SVP-Fraktion hat die Rechnung ebenfalls beraten. Nachdem bei der Budgetierung der Steuerertrag 2011 deutlich unterschritten wurde, wurde er dieses Jahr um rund CHF 500'000 übertroffen. Dies zeigt wieder einmal mehr, wie schwierig es für die Verwaltung ist, die Steuererträge richtig zu budgetieren. Die Verschuldung ist im 2012 von 8.9 Mio. auf 13.4 Mio. angestiegen und wird auch in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Daher ist

es umso wichtiger, dass die anstehenden Investitionen richtig priorisiert werden und wichtiges von wünschenswertem zu trennen. Dem Antrag des Gemeinderates wird von der SVP-Fraktion zugestimmt.

Bettina Lutz Güttler: Die Verwaltungsrechnung wird nun seitenweise durchgegangen.

Marcel Müller: Seite 8, Konto 011, wieso mussten die Abstimmungscouvert A-Post verschickt werden? Weshalb die Verzögerungen?

Max Läng, Gemeindeammann: Die Fristen waren kurz angemessen und wir müssen die Fristen einhalten, deshalb mussten diese Abstimmungsunterlagen mit A-Post verschickt werden.

Marcel Müller: Ist es von der Planung nicht anders möglich gewesen?

Max Läng, Gemeindeammann: Die Termine geben nicht wir vor sondern der Kanton.

Eugen Paul Frunz: Seite 10, Konto 213, zusätzliche Schadensbehebungen und grössere Reparaturen als angenommen führten zu erheblichen Mehrkosten von über CHF 94'000 im Konto baulicher Unterhalten. Wie setzen sich die Kosten zusammen?

Linus Egger: Es waren CHF 14'000 grössere Reparaturen, Schadensbehebungen von rund CHF 60'000, Kontrollen elektrischer Installationen CHF 6'000, Liegenschaft Goldiland von CHF 3'000.

André Kummer: Seite 13, Konto 582, die Betreuung der Flüchtlinge ist an die Caritas ausgelagert. Was sind die Vor- und Nachteile? Ist es für die Gemeinde kostenneutral? Es steht noch ohne Asylsuchende, war es früher inkl. Asylsuchende?

Anton Meier, Gemeindeschreiber: Es handelt sich hier um Sozialhilfeausgaben für anerkannte Flüchtlinge. Anerkannte Flüchtlinge werden von der Caritas betreut, dies ist ein Gemeinderatsentscheid. Es sind 2-3 Familien, die durch die Caritas betreut werden, da die Kommunikation sehr schwierig ist. Dies hat aber nichts mit dem Asylwesen zu tun. Die Kosten der Sozialhilfe selber können beim Bund für eine gewisse Zeit verrechnet werden.

Therese Schneider, Gemeinderätin: Vor zwei Jahren wurde die Berechnung bei der Sozialhilfe gemacht und der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass es über die Caritas einiges günstiger wird. Wir müssten jedes Mal einen entsprechenden Übersetzer anstellen. Es wäre ein sehr hoher administrativer Aufwand.

André Kummer: Im Spezialfonds werden die Ersatzbeiträge für Schutzraumbauten verbucht. Ist es nicht mehr wie früher, dass man einen Zivilschutzkeller im Haus hat. Wohin geht dieser Spezialfonds?

Franziska Grab, Gemeinderätin: Es läuft ab diesem Jahr über den Kanton. Jeder der neu eine Liegenschaft baut, müsste ein Schutzraum bauen. Da Obersiggenthal eine Überdeckung an Schutzräumen ausweist, müssen die Hausbesitzer eine Ersatzabgabe leisten anstatt einen Schutzraum zu bauen. Sobald wir keine Überdeckung mehr ausweisen, müssen wieder Schutzräume gebaut werden. Das Geld ist zweckgebunden und kann nicht einfach gebraucht werden. Auch der Zivilschutz muss beim Kanton einen Antrag stellen, wenn er etwas reparieren möchte und aus diesem Fonds Geld beziehen möchte.

André Kummer: Dann geht das Geld an den Kanton?

Franziska Grab, Gemeinderätin: Ja.

Willi Graf: Ich habe eine Anregung betreffend Darstellung. Bei den Erläuterungen auf Seite 26 ist es nicht die gleiche Reihenfolge wie bei der Seite 27.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Die Verwaltungsrechnung 2012 wird unter Entlastung des Rechnungserstellers mehrheitlich genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

6 2013.12 Rechenschaftsbericht 2012

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Bettina Lutz Güttler: Zuerst möchte ich Sie auf die Homepage der RVBW hinweisen, dort ist der aktuelle Geschäftsbericht online.

Max Läng; Gemeindeammann: Ueli Zulauf hat dem Gemeinderat einen Brief geschrieben mit zwei Anregungen. Zukünftig sollten im Rechenschaftsbericht die Resultate der Tiefenprüfungen abgebildet werden bzw. was umgesetzt wurde und was nicht. Die zweite Anregung war, dass nach dem Austritt aus dem Energiestadtlabel zu prüfen sei, ob der Gemeinderat immer noch auf diesem Gebiet aktiv tätig ist. Es soll aufgezeigt werden, was die Gemeinde zum Thema Energieeffizienz unternimmt. Der Gemeinderat hat dies im Herbst diskutiert und es wurde Ueli Zulauf zugesichert, dass dies im Rechenschaftsbericht aufgenommen wird. Aus Gründen die nicht mehr nachvollziehbar sind, ist dies vergessen worden. Ich möchte mich in aller Form bei Ueli Zulauf entschuldigen. Wir haben es jetzt nachgeholt, Sie finden auf ihrem Tisch zwei Listen, eines sind die Resultate der Tiefenprüfungen und die andere Liste ist der Nachtrag über die Energieeffizienz in der Gemeinde Obersiggenthal. Im heutigen Rechenschaftsbericht ist nur ein kleiner Teil über die Tiefenprüfung enthalten. In Zukunft wird diese Aufstellung im Rechenschaftsbericht vorhanden sein.

Ferdinand Senn: Der vorliegende Rechenschaftsbericht 2012 ist wieder gut strukturiert gestaltet, alle wichtigen Organisationen und Tätigkeiten sind in einer verständlichen Ausführung abgefasst. Die entscheidenden Punkte des vergangenen Jahres können jederzeit nachgeschlagen werden. Sicher dürfen wir auch der Verwaltung ein „Kränzli“ winden, wie der Bericht mit viel Herzblut gestaltet und verfasst wurde. Was sicher nicht immer ein einfaches Unterfangen ist, weil es auch dort sicher Kürzungen geben wird.

Wir haben noch eine kleine Anregung und wünschten uns, dass das Layout eine neue Form erhalten könnte.

Die CVP-Fraktion empfiehlt den vorliegenden Rechenschaftsbericht unserer Gemeinde zu genehmigen.

Dieter Martin: Die FDP-Fraktion hat sich ebenfalls gefreut an der Präsentation des Rechenschaftsberichtes. Dieser widerspiegelt in kompakter Form das Geschehen in der Gemeinde. Wir schlagen vor, dies weiterhin so zu gestalten. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Brigitte Schmid: Die EVP-Fraktion hatte ebenfalls Freude am Rechenschaftsbericht 2012. Es ist noch eine Frage aufgetaucht, ob dieser Rechenschaftsbericht den Neuzuzüglern abgegeben wird? In diesem Bericht kann man die Tätigkeiten der Vereine sehr gut kennenlernen.

Max Läng, Gemeindeammann: Wir haben pro Jahr ca. 500 Neuzuzüger/innen. Wenn jemand aktiv nachfragt, haben wir immer ein paar Exemplare welche abgegeben werden können. Aber der Rechenschaftsbericht kommt nicht in jede Neuzuzügermappe.

Bettina Lutz Güttler: Der Rechenschaftsbericht wird nun durchgegangen.

Patrick Hehli: Ich habe zuerst noch zum Beiblatt eine Frage. Bei der Darstellung zu den Resultaten Tiefenprüfung würde es mich interessieren, warum der Gemeinderat an seiner bisherigen Praxis der Lohnerhöhung festhält und dies nicht verschoben werden kann? Die letzten paar Jahre haben gezeigt, dass in Obersiggenthal die Lohnerhöhung immer höher ausgefallen war als beim Kanton. Die SVP-Fraktion würde es weiterhin begrüßen, wenn eine Lösung gesucht werden könnte. Der Zeitpunkt sollte nach hinten geschoben werden können.

Max Läng, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hat dies mit der Finanzkommission diskutiert und möchte an diesem bewährten System festhalten. Die Gemeinde Obersiggenthal richtet sich nicht mehr nach dem Kanton. Mit dem Automatismus war es so, dass man zusammen mit dem Kanton die Lohnerhöhungen beantragt hat. Dies ist aber seit 10 Jahren nicht mehr der Fall. Im Gegensatz was Du Patrick sagst, sind wir eben nicht höher als die umliegenden Gemeinden. Wir machen jedes Jahr einen Vergleich mit 10 vergleichbaren Gemeinden und wir sind mit den Einwohnerratsgemeinden Wettingen und Baden voraus, weil der ganze Budgetprozess von den Einwohnerratsgemeinden früher ist. Wir haben festgestellt, dass wir mit unseren Lohnerhöhungen im Mittel der 10 Gemeinden liegen. Es ist nicht wesentlich, ob diese Lohnverhandlungen im Juni oder November geführt werden. Es ist wichtiger, dass immer der gleiche Zeitpunkt verglichen wird. Dies ist bei uns April bis April. Wir sind der Auffassung, dass sich dieses System bewährt hat und möchten dies nicht ändern. Hinzu kommt, dass wir dies nicht alleine verhandeln. Wir machen im Mai einen Vorschlag an den Personalverband und an das Kader und die können dazu Stellung nehmen. Vor den Sommerferien ist Budgetschluss und dann müssen diese Zahlen vorliegen.

Patrick Hehli: Auf Seite 8, Tabelle Einbürgerungen kann entnommen werden, dass im 2012 58 Personen das Schweizer Bürgerrecht erhalten haben, im 2011 waren es 31 Personen. Auf Seite 10 ist ein Widerspruch, in der Grafik ist ein fallender Trend zu erkennen. Mache ich einen Überlegungsfehler oder was ist der Grund für diese Differenz?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Es ist möglich, dass dies mit den Terminen zu tun hat bei der Einbürgerungskommission und den Einwohnerratssitzungen.

Anton Meier, Gemeindeschreiber: Es handelt sich hier um zwei verschiedene Statistiken. Auf der Seite 8 befindet sich die Statistik, welche im 2012 Schweizer Bürger wurden. Dies geschieht mit einer Zeitverzögerung, da das Verfahren beim Kanton noch weiter geht. Auf der Seite 10 befinden sich die Gesuche, welche an den Einwohnerrat gegangen sind.

Markus Renggli: Dann müsste jetzt zeitverzögert wieder ein höherer Balken kommen. Dann ist die fallende Kurve sehr gewagt.

Ueli Zulauf: Vor einiger Zeit hat unser Fraktionsmitglied Silvia Dingwall Stucki ein Postulat eingereicht betreffend Nachhaltigkeit beim Beschaffungswesen der Gemeinde. Aufgrund des Postulates hat der Gemeinderat die Richtlinien überarbeitet. Wir möchten gerne wissen, wie sich dies ausgewirkt hat. Aus diesem Grund hat Silvia Dingwall Stucki genau vor einem Jahr gewünscht, dass dies im Rechenschaftsbericht 2012 auch rapportiert wird. Es wurde vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen aber man findet auch zu diesem Thema nichts im Rechenschaftsbericht. Es bleibt mir nichts anderes als diesen Wunsch im Namen der Fraktion nochmals hervorbringen. Ich hoffe es wird im nächsten Rechenschaftsbericht berücksichtigt.

Max Läng, Gemeindeammann: Generelle Aussagen sind nicht ganz einfach zu machen, daher wird es Objektbezogen erwähnt. Beispielsweise auf Seite 17 bei der Beschaffung von Hardware.

Erich Schmid: Es sind die behandelten Geschäfte des Einwohnerrates ersichtlich. Meine Anregung wäre, dass man noch eine Spalte machen würde über das Ergebnis dieser Geschäfte.

Peter Marten: Beim Bericht der Polizei ist mir aufgefallen, dass relativ viel über das Stadtfest Baden geschrieben wurde. Ebenfalls wurden die Hotspots erwähnt, welche vermehrt überprüft wurden. Meine Frage gibt es in Obersiggenthal auch solche Hotspots, welche in diesem Rahmen überprüft werden? Falls nicht, würde ich die Polizei motivieren, etwas mehr über die Gemeinde Obersiggenthal zu schreiben als nur über die 4 pro Tag durchgeführten Patrouillen.

Linus Egger: Seite 32, dort heisst es Dorfbibliothek Baden, es sollte aber Stadtbibliothek Baden heissen.

Josef Sieber: Seite 47, hier haben wir die Auswertungen der Geschwindigkeitsmessungen und ich war über die vielen Überschreitungen überrascht. 87% fahren an der Hertensteinstrasse zu schnell. Die Polizei misst eine Überschreitung von ca. 7%. Für mich ist nicht klar, wer richtig misst oder was mit unserer Auswertung gemacht wird.

Max Läng, Gemeindeammann: Es sind die Geschwindigkeitsmessungen, mit dem Gerät, dass die Gemeinde angeschafft hat. Das Gerät an der Hertensteinstrasse wurde relativ nahe an die 50-Zone-Tafel gestellt und man musste feststellen, dass der Richtstrahl zu fest auf die Ausserortszone gerichtet war. Dies dürfte der Grund gewesen sein, dass diese hohe Überschreitung zustande gekommen ist.

Eugen Paul Frunz: Seite 67, bei der Kreditabrechnung Ersatz schweres Rüstfahrzeug wurde der Kredit um CHF 6'298.45 überschritten. Das Vorzeichen bei den Prozenten müsste ein Plus anstatt ein Minus sein.

Willi Graf: Seite 69, bei der Veranlagungsperiode 2010 waren es Total 61 Einsprachen. Im Zeitraum 2011 waren es 16. In den Vorjahren waren es auch immer um die 60 Einsprachen. Woher kommt es, dass diese Einsprachen so massiv zurückgegangen sind?

Max Läng, Gemeindeammann: Bis Ende 2012 wurden erst sehr wenig Selbständigerwerbende veranlagt. Wenn man die alten Rechenschaftsberichte anschaut, gibt es dort immer wieder Verschiebungen. Wenn die Steuererklärungen noch nicht vorhanden sind, können diese auch noch nicht veranlagt werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Rechenschaftsbericht 2012 wird einstimmig genehmigt.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

Patrick Hehli: Entweder habe ich heute etwas auf den Ohren oder es wird allgemein sehr leise gesprochen. Nehmt bitte einen starken Schluck Kaffee, damit alle wieder gestärkt sind, damit auch die in der hintersten Reihe etwas verstehen.

7 2013.13 Hallen- und Gartenbad Sauna Neugestaltung, Kredit von CHF 125'000

Eintreten wird nicht bestritten.

Franziska Grab, Gemeinderätin: Ich habe bewusst auf eine Präsentation verzichtet, da alle Einwohnerräte die Möglichkeit hatten, die Sauna zu besichtigen. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass der Kreditantrag für die Saunasanierung überraschend ist. Wurde doch letzten Dezember das Projekt 2015 vorgestellt. Darin war nicht die Rede von einer Saunaneugestaltung. Der Genossenschaft und dem Gemeinderat ist es aber wichtig, eine ergänzende Erklärung abzugeben. Die Genossenschaft hat nach der letzten Einwohnerratssitzung im Dezember 2012 erfahren, dass das Hallenbad für die Sanierung für vier Monate geschlossen werden muss. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Hallenbadgenossenschaft von einer zweimonatigen Schliessung ausgegangen. Im Budget vom Hallen- und Gartenbad war geplant, dieses Jahr die Schwitzkabine zu ersetzen. Die Schwitzkabine hat eine Lebensdauer von 10-12 Jahre. Nachdem im Dezember bekannt wurde, dass das Hallenbad länger geschlossen werden muss und somit auch die Saune vier Monate nicht benutzt werden kann, wollte man diese Zeit nutzen, um die 40 jährige Sauna zu sanieren. Solche werterhaltende Massnahmen können nicht über das Budget der Genossenschaft laufen und aus diesem Grund hat sich der Gemeinderat entschlossen, einen Kredit zu beantragen. Im Wissen, dass die Baukommission vom Hallen- und Gartenbad voll ausgelastet ist mit der Planung der jetzigen Sanierungsetappe, hat sich die Genossenschaft entschlossen, diese Planung mit ihrem Baufachmann Claude Linsi durchzuführen.

Ursula Haag: Bei der Begehung vor Ort, wurde dem Einwohnerrat vor Auge geführt, in welchem unansehnlichen Zustand die Sauna ist. Natürlich ist es unschön, jetzt schon mit einem Sanierungskredit zu kommen, da erst in der Dezembersitzung das Sanierungskonzept 2015 für das Hallen- und Gartenbad, dem Gemeinderat zur Ausarbeitung übergeben wurde. Doch mit dem Betriebsunterbruch von Hallenbad und Sauna von vier Monaten, ist es sinnvoll, diesen Umbau anzugehen. Auch kann man die frei werdenden Personalkapazitäten von den Badmeistern nutzen, da diese über die notwendigen handwerklichen Fähigkeiten verfügen. Aber wie man neue Kundengruppen ansprechen möchte ist der SVP-Fraktion noch nicht ganz klar. Die SVP-Fraktion stimmt dem Kredit für die Erneuerung der Saunaanlage zu.

Peter Marten: Die Vorlage der Saunaneugestaltung hat die FDP-Fraktion nicht überzeugt und wir haben uns in der Fraktion mit dieser Vorlage sehr schwer getan. Als Einwohnerrat bilde ich mir meine Meinung primär mit der Vorlage, welche ich erhalte. Dazu kommt noch die Aktenauflage, die ich einsehen kann. Wenn ich Zeit habe gehe ich auch an die Besichtigung und mache mir anschliessend ein Bild. In dieser Vorlage wird auf ein Entwicklungsleitbild vom Juni 2008 verwiesen. In diesem Leitbild soll das wichtigste Element die Modernisierung der Saunananlage sein. Schaut man sich das Leitbild an, wird man mit einer Ideenbörse konfrontiert. Dass die Sauna der Schwerpunkt sein sollte, ist mir verborgen geblieben. In diesem Entwicklungsleitbild wird aber auch festgehalten, dass neue Angebotsformen zu einer messbaren Steigerung der Kundenfrequenz und durch den Nutzer abgegolten werden. Was sagt jetzt die Vorlage dazu. Vorsichtig ausgedrückt, relativ wenig. Es sollen neue Kundengruppen angesprochen werden, welche Kundengruppen sollen dies sein? Wie soll die Ansprache erfolgen? Welche Massnahmen werden getroffen? Ein anderes Thema sind die angestrebten Mehreinnahmen, die gemäss mutmasslichem Budget 2014 rund CHF 2'400 höher sein sollten als in der Rechnung 2012. Ich habe eine einfache Rechnung gemacht, vielleicht zu einfach. Ich habe geschaut, wie hoch die Einnahmen der Sauna waren im 2012, habe dies durch die Anzahl Saunagänger gemäss Rechenschaftsbericht geteilt und bin auf einen durchschnittlichen Eintrittspreis von CHF 9.50 gekommen. Wenn ich davon ausgehe, dass der Saunaeintritt CHF 3.00 höher werden soll, müssten eigentlich im Budget CHF 42'900 stehen. Im Budget 2014 sind aber nur Einnahmen von CHF 35'000 enthalten. Eine Vermutung von mir ist, dass die Genossenschaft Hallen- und Gartenbad selber nicht an den Erfolg glaubt. Wie sich da noch die Amortisationen rechnen sollen auf CHF 125'000 oder CHF 195'000 ist mir schleierhaft. Warum stimmen wir trotzdem ja? Durch einen Zufall war Herr Weber an unserer Fraktionssitzung und er

hatte ein Argument gebracht, dass uns überzeugt hat. Wenn man anfängt, einzelne Teile zu streichen wie jetzt die Sauna, was wird dann gemacht wenn z. B. etwas beim Kinderplanschbecken gemacht werden muss? Dann wird einfach das Gesamtpaket verschlechtert und die Gesamtattraktivität wird reduziert. Zum anderen hatten wir den Eindruck, dass Herr Weber von seinen Ideen überzeugt ist und wir haben uns von dieser Überzeugung leiten lassen, obwohl ehrlich gesagt, alles in dieser Vorlage gesagt hat Nein. Zurück zu der Vorlage. Die Qualität von dieser Vorlage ist dürftig ausgefallen, das ist keine Kritik an den, der eine solche Vorlage das erste Mal schreiben musste. Ich gebe die Kritik an den Gemeinderat weiter. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass geschaut wird, dass die Vorlagen, welche an den Einwohnerat gehen, ein Minimum an Informationsgehalt ausweisen und auch an Fragen oder Berechnungen standhalten können. Dies war in dieser Vorlage nicht der Fall.

Erich Schmid: Auch bei der CVP-Fraktion, hat diese Vorlage zu intensiven Diskussionen geführt. Begrüsst wird, dass der Betriebsunterbruch für die Sanierung der Sauna genutzt wird. Ebenfalls begrüsst die CVP-Fraktion, dass ein grosser Teil der Saunasanierung durch Eigenleistung erbracht werden kann, da die Badmeister die fachlichen Fähigkeiten mitbringen. Auch bei der CVP sind noch kritische Fragen aufgetaucht. Wie werden Synergien mit dem bereits beschlossenen Sanierungskonzept Haustechnik genutzt? Bei der Amortisation wurde keine Rechnung aufgezeigt, wie dies geschehen soll. Die CVP-Fraktion hat auch diskutiert, was überhaupt die Vorgabe des Einwohnerrates an diese Sauna ist? Das Ziel ist klar von der Genossenschaft Hallen- und Gartenbad. Die Sauna könnte aufgehoben oder neu gestaltet werden oder die Sauna könnte einfach mit einem Minimum repariert werden. Die verschiedenen Szenarien wurden intensiv diskutiert. Die Diskussion hat ergeben, dass die CVP-Fraktion mehrheitlich dem Antrag des Gemeinderates zustimmt und dass der Saunabetrieb weitergeführt werden soll. In der Dezembersitzung wurde mehrheitlich beschlossen, dass das Schwimmbad einer moderaten Neugestaltung oder Modernisierung unterzogen werden soll.

Peter Stucki: Die Fraktion SP/Grünen hat überhaupt nicht lange über die Vorlage diskutiert. Die Formulierung der Vorlage ist fragwürdig, das stimmt. Inhaltlich sehr pragmatisch und werterhaltend. Wir danken den Personen, dass sie bereit sind, die Sanierung durch Eigenleistung zu sanieren. Mit einem geringen Aufwand kann etwas Schönes entstehen. Die Fraktion SP/Grünen stimmt dieser Vorlage einstimmig zu.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Für die Erneuerung der Saunaanlage des Hallen- und Gartenbades wird ein Kredit von CHF 125'000 bewilligt. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

8 2013.14 Hertensteinstrasse, Kredit von CHF 50'000 für die Projektierung der Sanierung der Werkleitungen

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Franziska Grab, Gemeinderätin: Der Kanton plant in unserer Gemeinde die Sanierung der Hertensteinstrasse. Auslöser für die Sanierung sind die schadhaften Beläge und die Randabschlüsse. Wenn der Kanton die Strasse saniert, wird die Gemeinde logischerweise auch die Werkleitungen ausbauen und sanieren. Aus diesem Grund braucht der Gemeinderat heute

Abend den Projektierungskredit von CHF 50'000. Gleichzeitig wird bei dieser Sanierung auch das Verkehrsmanagement Baden-Wettingen und die neue Schutzzonenverordnung von der Quellfassung Hertenstein berücksichtigt. Ziel ist es, eine Verbesserung der Siedlungsverträglichkeit, eine Erhöhung der Verkehrssicherheit und eine Verminderung der Lärmbelastung zu erreichen. Massnahmen welche bei dieser Sanierung angestrebt werden, sind ein durchgehender Radweg bzw. ein Radstreifen, sichere Querungen, Verlangsamung der Geschwindigkeit durch bauliche Massnahmen und ein lärmoptimierter Belag. Damit alle das gleiche Ziel verfolgen, hat der Kanton bereits im Vorfeld einen Workshop durchgeführt, bei dem auch Anwohner, Vertreter des Quartiervereins Häfeler/Hertenstein und die notwendigen Fachstellen vom Kanton teilgenommen haben.

Anhand von Folien zeigt Franziska Grab das Ergebnis des Betriebs- und Gestaltungskonzeptes, welches an diesem Workshop erarbeitet wurde.

Das fertige Sanierungskonzept wird der Gesamtbevölkerung jedoch zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt und daher wird heute Abend nicht näher darauf eingegangen.

Bei den Kosten ist es so, dass die Gesamtkosten auf CHF 6 Mio. geschätzt werden. Davon sind Innerorts CHF 4 Mio. vorgesehen und gemäss Dekret muss die Gemeinde Obersiggenthal CHF 2.3 Mio. von diesen Kosten tragen. Die Projektierungskosten belaufen sich gesamthaft auf CHF 200'000, wovon CHF 133'000 im Innerortsbereich anfallen und gemäss Dekret muss die Gemeinde CHF 80'000 zahlen. Über diesen Kredit wird aber heute Abend nicht abgestimmt, da dieser gemäss Dekret vorgegeben wird.

Die kommunalen Werkleitungsprojekte belaufen sich auf einen Projektierungskredit von Total CHF 50'000. Dieser Betrag ist aufgeteilt für Kanalisation CHF 25'000, Wasser CHF 21'000 und Strassenbeleuchtung CHF 4'000.

Bei den Terminen sieht es so aus, dass bis Ende Jahr der Kostenvoranschlag vorliegen wird. Im ersten Halbjahr 2014 folgt die öffentliche Auflage, wo die Bevölkerung über den Gesamtstand der Arbeiten informiert wird.

Danach erfolgt der Landerwerb, damit der Radstreifen umgesetzt werden kann.

Der Einwohnerrat sollte im dritten Quartal 2014 über den Kredit entscheiden und vermutlich erfolgt noch eine Volksabstimmung, weil der Betrag bei den Werkleitungen über CHF 2 Mio. gehen könnte.

Die Realisierung sieht so aus, dass im 2015 das Los 1 umgesetzt wird, d. h. von Innerorts bis zum Reservoir Grüt. Das Los 2 wird von 2016 bis 2017 realisiert und betrifft die Strecke vom Reservoir Grüt bis Ausgang Obersiggenthal.

Alexandre Mayor: Das Geschäft ist bei der CVP-Fraktion relativ unbestritten gewesen. Es geht bei dem Projektierungskredit nur für unsere Werkleitungen, da die Gemeinde für diese zuständig ist. Dazu gehören Wasser, Abwasser und die Beleuchtung. Auch andere Werke wie EGS und Cablecom zeigen Interesse, ihre Leitungen zu sanieren. Wir müssen verhindern, dass zusätzliche Aufwände in dieses Projekt einfließen können. Eine Koordination der Bauarbeiten mit dem Strassenbau ist zu begrüssen. Aus diesem Grund macht es durchaus Sinn, dieses Geld jetzt in die Hand zu nehmen, damit es keine bösen Überraschungen gibt. In diesem Sinn stimmt die CVP-Fraktion dieser Vorlage einstimmig zu.

Brigitte Schmid: Ich habe noch eine Frage zu diesem Projektierungskredit. Ist es so, dass die Strasse nur um diesen Radstreifen verbreitert wird oder wird die Strasse auch für die Autofahrer breiter?

Franziska Grab, Gemeinderätin: Die Strasse wird um den Radstreifen breiter. Es wird nicht noch eine grössere Rennbahn entstehen.

Peter Huber: Die SVP-Fraktion hat sich in diesem Geschäft einstimmig dafür ausgesprochen. Wir finden es wichtig, dass der Kredit für die Werkleitungen gesprochen wird. Wenn der Kanton sagt, er mache die Strasse, dann sollte kein Flickwerk entstehen.

—
Keine weiteren Wortmeldungen.
—

Abstimmung

Für die Planung der Werkleitungssanierungsprojekte Wasser und Abwasser an der Herensteinstrasse K427 wird ein Kredit von CHF 50'000 bewilligt. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Genehmigung unterliegt dem fakultativen Referendum.

9 2012.34 Postulat Ueli Zulauf; Stellung des Gemeinderates zum Baldeggtunnel

Eintreten wird nicht bestritten.
—

Ueli Zulauf: Es geht heute Abend in dieser Sache nicht darum, einen materiellen Entscheid zu fällen, sondern ein politisches Zeichen zu setzen. Wir könnten jetzt leidenschaftlich diskutieren über Pro und Kontra des Baldeggtunnels. Weiter könnten wir uns wortreich streiten über die Stellungnahme, die der Gemeinderat abgegeben hat. Damit würde aber wenig Wirkung erzielt werden. So würde Morgen in der Zeitung stehen, dass sich der Gemeinderat über das Projekt gestritten hat und dies kontrovers diskutiert wurde. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wissen aber nicht, wo der Einwohnerrat steht und auch der Gemeinderat weiss nicht, was er zu tun hat. Es gibt eine andere Möglichkeit und diese wurde bereits angewendet, als der Einwohnerrat über das Postulat beraten hat. Eine grössere Wirkung wird mit einem klaren Entscheid erzielt. Dem Gemeinderat wurde der Auftrag erteilt, sich mit allen möglichen Mitteln gegen das Strassenbauprojekt zu wehren und wenn dies nicht möglich ist, mindestens eine Überdeckung zu erwirken. In der Zwischenzeit hat sich gar nichts geändert. Neu weiss der Einwohnerrat zusätzlich, dass die Autofahrer aus dem unteren Aaretal nicht vom Baldeggtunnel profitieren werden. Wie man lesen konnte, hat eine Studie ergeben, dass der Zeitgewinn für die Autofahrer, die von Döttingen auf die A1 möchten, praktisch Null ist. Es spricht alles dafür, dass wir dabei bleiben, dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen. Es sollte heute Abend nochmals bekräftigt werden. Dies sollte mit einer möglichst grossen Geschlossenheit gezeigt werden. Ich bin daher dafür, dass dieses Postulat nicht abgeschrieben wird. Wenn das Postulat abgeschrieben werden sollte, dann leiten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus diesem Entscheid ab, dass der Kampf eingestellt wird und der Auftrag an den Gemeinderat erloschen ist. Wenn an diesem Postulat festgehalten wird, dann wissen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, wie auch die umliegenden Gemeinden, dass Obersiggenthal sich weiterhin gegen dieses Projekt wehrt. Ich bin der Meinung, dass wir ein Mittel mit beschränkter Einflussmöglichkeit haben, aber dass dies zumindest mit der maximal möglichen Wirkung genutzt werden sollte. Ich stelle den Antrag, dass dieses Postulat nicht abgeschrieben werden soll und hoffe, dass Sie diesem Antrag Folge leisten werden.

Bettina Lutz Güttler: Eine Diskussion findet statt, wenn der Einwohnerrat einen entsprechenden Antrag gutheisst. Wird so ein Antrag gestellt?

Ueli Zulauf: Ich stelle selbstverständlich den Antrag auf Diskussion.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird mehrheitlich angenommen.

Ursula Spinnler: Die FDP-Fraktion genehmigt einstimmig den Bericht des Gemeinderates. Das Postulat ist unserer Meinung nach erledigt und kann von der Kontrolle abgeschrieben werden. Die politische Haltung betreffend Baldeggtunnel ist in unserer Gemeinde noch nicht ausführlich diskutiert worden. Darum steht die FDP-Fraktion nicht grundsätzlich hinter der Verhinderung des Tunnels. Viel mehr regt die FDP an, dass der Gemeinderat zum Beispiel zu einer Informationsveranstaltung mit anschliessender Diskussion einlädt oder eine separate Einwohneratssitzung durchgeführt wird, wenn das Projekt weiter vorangeschritten ist. Wichtig ist der FDP der letzte Absatz in der Beantwortung des Gemeinderates. Es soll ein Gesamtverkehrskonzept über die ganze Region erarbeitet werden. In Anbetracht der Entscheidungsinstanz Grosser Rat, ist die Gemeinde besser beraten, wenn sie anstatt einer grundsätzlichen Verhinderungspolitik, eine konstruktive Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton sucht.

Brigitte Schmid: Welcher Tunnel ist gemeint? Derjenige, der über die Brücke führt oder, der, der in Kirchdorf über das Feld gehen soll? Diese Frage ist an Ueli Zulauf gerichtet.

Ueli Zulauf: Das muss der Gemeinderat beantworten.

Max Läng, Gemeindeammann: Wir sprechen nicht vom Bareggtunnel, dieser ist gebaut. Der Baldeggtunnel sollte folgende Linienführung erhalten: Beginn westlich von Untersiggenthal, im Bereich vom Friedhof Kirchdorf sollte er sichtbar werden und geht dann weiter über das offene Feld in Kirchdorf und unter dem Baldegg zum Autobahnanschluss Baden-West.

Bettina Lutz Güttler: Die Verlängerung der Brücke wäre meines Wissens der Martinsbergtunnel gewesen.

Patrick Hehli: Auch die SVP-Fraktion hat diesen Bericht kontrovers diskutiert. Wir sind uns nicht in allen Bereichen einig gewesen. Aus diesem Grund wurde auch Stimmfreigabe beschlossen. Einig waren wir uns in der Genehmigung des Berichtes des Gemeinderates. Unserer Meinung nach hat der Gemeinderat seine Aufforderung, die das Postulat hatte, erfüllt. In den Medien oder bei einem persönlichen Gespräch mit dem Gemeinderat, konnte entnommen werden, dass das Projekt weiterverfolgt wird. Wo sich die SVP-Fraktion nicht einig war, ist über die Kraft oder den Nutzen der Abschreibung oder Nichtabschreibung des Postulats.

Meine persönliche Meinung: Ich bin auch gegen den Baldeggtunnel, da ich unmittelbar als Einwohner von Kirchdorf betroffen bin. Ich finde es schade, sollte dieses Projekt zu Stande kommen, dass nicht erwähnt wird, dass die landwirtschaftlichen Betriebe sehr stark beeinträchtigt werden. Ich glaube noch nicht daran, dass die Studien über den Zeitgewinn oder über die Kosten stimmen. Ich persönlich bin aber dafür, dass wir das Postulat abschreiben und als erledigt betrachten. Der Gemeinderat hat symbolisiert, dass das Projekt nicht vergessen wird. Er hat Verbündete gesucht, es wurde bei Baden Regio deponiert und solange das Projekt nicht konkreter ausgearbeitet ist, bringt ein Postulat aufrecht zu erhalten nicht viel. Wichtig ist aber, dass wir als politische Gemeinde weiterhin ein Auge auf das Projekt haben. Der Gemeinderat hat es erwähnt, wichtig ist, dass ein gemeinsames Verkehrskonzept erstellt wird. Dieses Verkehrskonzept steht oder fällt auch mit der Abstimmung vom 9. Juni 2013 betreffend Umfahrung Brugg. Dies wäre auch ein Teil dieses Gesamtverkehrskonzeptes. Sollte diese Vorlage abgelehnt werden, dann heisst es in Aarau sowieso wieder gehe zurück auf Feld 1. Dann müssen wir zwingend aktiv werden. Aber das Postulat aufrecht zu erhalten sehe ich persönlich nicht als sehr sinnvoll.

Markus Renggli: Als Mitunterzeichner des Postulats rede ich jetzt persönlich und nicht für die Fraktion. Ich schätze an dieser Antwort, dass man zumindest weiss, welche Position der jetzige Gemeinderat vertritt. Bevor das Postulat bearbeitet wurde, konnte in den Medien immer nur die Sicht der IG Baldeggtunnel wahrgenommen werden. Die Öffentlichkeit nimmt jetzt auch wahr, dass die Gemeinde Obersiggenthal nicht hinter dem Projekt steht. Ich bin trotzdem dafür, dass dieses Postulat nicht abgeschrieben wird und dass dies als Auftrag auch für zukünftige Gemeinderäte betrachtet wird. Es soll weiterhin mit allen Mitteln versucht werden sich gegen den Baldeggtunnel zu wehren. Bis es zur Realisierung kommen würde, sind die meisten von den Einwohnerräten im Pensionsalter oder leben im Gässliacker. Das Szenario wird unser Naherholungsgebiet und die Umgebung stark beeinträchtigen. Ich unterstütze den Antrag von Ueli Zulauf dieses Postulat nicht abzuschreiben.

Peter Marten: Komplexe Probleme zu vereinfachen hilft einem, eine Entscheidung zu treffen. Der Ansatz, den Ueli Zulauf gewählt hat, ist ein Ansatz. Ich sage aber klar, wenn ich für die Abschreibung dieses Postulats bin, dann heisst dies nicht, dass ich für den Baldeggtunnel bin. Ich sehe ein Postulat mit einem Auftrag und ich habe eine Antwort erhalten, die mich im Moment zufrieden stellt. Ich bin der Meinung, dass der ganze Prozess, angefangen mit meinem Postulat betreffend Untertunnelung und mit diesem Postulat, noch nicht zu Ende ist. Es braucht zwingend noch eine dritte Phase. Ich denke, dass die grosse Mehrheit gegen diesen Tunnel ist, dies ist aber eine Vermutung. Wir wissen auch noch nicht genau, was die Mehrheit von Obersiggenthal möchte. Wie soll die Gegenwehr aussehen, wie in Bettwil oder eine Traktorblockade? Über dieses Thema muss auch noch einmal gesprochen werden. Wenn dieses Projekt wirklich realisiert werden sollte, was ich nicht glaube. Niemand will diese Kosten tragen. Es muss auch diskutiert werden, ob in Kirchdorf überhaupt ein Anschluss entstehen soll oder nicht. Ich denke, das Postulat kann abgeschrieben werden. Alle haben die Möglichkeit, die Phase 3 einzuleiten. Es steht nichts im Weg, im nächsten Jahr eine Sondersitzung einzuberufen, wenn der Einwohnerrat und der Gemeinderat neu zusammengesetzt sind. Dann würde eine gute Basis entstehen, damit der Gemeinderat und der Einwohnerrat geschlossen gegen dieses Projekt vorgehen könnten.

André Kummer: Als Mitunterzeichner möchte ich auch nochmals festhalten, dass das Postulat nicht abgeschrieben werden darf. Es geht darum, dass die Stadt Brugg und Baden verkehrsfrei werden und die umliegenden Dörfer müssen den Mehrverkehr übernehmen. Einfach neue Umfahrungen schaffen, damit ist das Problem nicht gelöst. Ich habe einen Leserbrief geschrieben, dass dieses Geld besser investiert wäre, wenn man von der tiefen Waage (Ehrendingen) nach Wettingen ein Tunnel machen würde. Dies würde für den Aaretalverkehr mehr bringen.

Linus Egger: Ich bin mir nicht sicher, was es heisst, wenn wir das Postulat nicht abschreiben. Der Gemeinderat hat seine Arbeit im Auftrag her erfüllt. Dieses Postulat jetzt offen zu lassen, und dann wird an jeder Einwohnerratssitzung gefragt, wie weit der Gemeinderat ist, das ist es auch nicht. Diesen Auftrag hat der Gemeinderat nicht. Ich möchte weiter gehen, wir haben in Kirchdorf eine Arbeitsgruppe, die unter der Leitung von Dan Meier geführt wird. Mir ist aber auch klar, dass dies nicht ein Kirchdorfer, sondern ein Obersiggenthaler Problem ist. Ich könnte mir vorstellen, dass diese Gruppe geöffnet wird, damit der bestehende Fragekatalog noch weiter ausgedehnt wird und die Antworten eingeholt werden können. Für mich ist nicht klar, wieso das Postulat bestehen bleiben soll. Der Gemeinderat hat sein Auftrag erledigt, er fühlt sich nicht verpflichtet noch etwas zu tun. Ich möchte euch das schmackhaft machen, dass die Arbeitsgruppe auf ganz Obersiggenthal erweitert wird. Wir müssen eine Stossrichtung festlegen wo auch der Einwohnerrat und die Bevölkerung von Obersiggenthal dahinter stehen können.

Erich Schmid: Was ist die Folge, wenn das Postulat nicht abgeschrieben wird? Wie ist das weitere Vorgehen? Bleibt das Postulat solange offen bis der Tunnel gebaut ist? Was passiert wenn er nicht gebaut wird mit dem Postulat? Ist die Erwartung, dass jetzt immer ein Zwischenbericht an der Einwohnerratssitzung vorzulegen ist? Ist es nicht sinnvoller, dieses Postulat abzuschreiben und wenn der Einwohnerrat merkt, dass der Gemeinderat zu wenig informiert ein

neues Postulat einzureichen? Ich sehe den Mechanismus der Signalwirkung noch nicht. Du hast es gesagt Ueli Zulauf, die Bevölkerung habe die Meinung es sei erledigt und es wird nichts mehr gemacht, dies ist eine reine Spekulation. Für mich heisst es, der Gemeinderat hat den Auftrag entgegen genommen, hat auch ohne Postulat bereits begonnen zu intervenieren und hat jetzt ein Zwischenbericht gemacht. Die Erwartungshaltung würde mich noch wunder nehmen, wenn das Postulat nicht abgeschrieben werden würde.

Ueli Zulauf: Die Frage kann einfach beantwortet werden, wenn man den Postulatstext liest. Der Gemeinderat wird beauftragt im Rahmen des Mitwirkungs- und Planungsprozesses insbesondere auf den Grossratsentscheid über die Festsetzung im Richtplan sich für die folgenden Positionen einzusetzen: Bau des Baldeggtunnels zu verhindern und wenn dies nicht möglich ist, die Überdeckung zu erwirken. Wenn der Einwohnerrat jetzt sagt, das Postulat wird abgeschrieben, dann ist der politische Auftrag an den Gemeinderat erloschen. Das ist primär eine politische Botschaft, welche das Parlament seiner Regierung gibt. Es gibt ein grosses Spektrum von Handlungsmöglichkeiten. Alle wissen, wie lange solche Planungsprozesse gehen und wie komplex diese sind. Was wir dem Gemeinderat mit diesem Postulat sagen möchten, setzt Euch für die Verhinderung des Tunnels ein. Es ist kein rechtlich-verbindlicher Auftrag aber ein politisch-moralischer. Es ist schon so, wenn der Gemeindeammann von der Gemeinde so einen Auftrag hat, im Grossen Rat für das Projekt stimmt, dann hat er ein politisches Problem. Es geht mir nicht darum, jetzt jemand an den Pranger zu stellen. Es geht darum eine klare Route vorzugeben und alle Möglichkeiten mit Sondersitzungen und Orientierungen aufzuzeigen. Es ist sogar der Auftrag, des Gemeinderates, die Bevölkerung über seine Tätigkeiten in diesem Projekt zu orientieren. Der Gemeinderat muss nicht in jeder Einwohnerratssitzung Rede und Antwort stehen, aber für mich gehört dies in einen Rechenschaftsbericht oder in eine Orientierungsversammlung. Was ich schlecht finde, wenn der Gemeinderat kommuniziert, dass er im Vernehmlassungsprozess gegen das Projekt Stellung nimmt und nachher ein Mitglied des Gemeinderates für das Projekt stimmt. Gemäss Auskunft des Gemeinderats war Baden Regio zuerst gegen und anschliessend für das Projekt. Bei einem so langwierigen Prozess sollte ein Generalauftrag vom Einwohnerrat an den Gemeinderat gestellt werden dürfen. Ich bitte, meinem Antrag zu folgen.

Peter Stucki: Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, dann sollte man nicht noch den Kopf hängen lassen, wenn man merkt, dass es zu spät ist. Wir wissen, wie lange wie lange in einem solchen Projekt die Prozesse dauern. Wir haben heute die Möglichkeit ein Signal zu senden, wir wehren uns. Wir tragen schon genug Lasten für die Region, wir möchten den Nord-Süd-Verkehr nicht auch noch in unserer Gemeinde. Wenn wir das Postulat aufrecht erhalten, haben wir nicht das richtige politische Mittel um den Gemeinderat unter Druck zu setzen aber wir haben die Möglichkeit ein Signal auszusenden. Aus diesem Grund bin ich auch dafür, dass das Postulat aufrecht erhalten wird.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

- 1. Der Bericht des Gemeinderates sei zu genehmigen. Der Bericht wird mehrheitlich angenommen.**
- 2. Das Postulat sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben. Dieser Antrag wird mit 21 Ja- zu 16 Neinstimmen angenommen.**

10 2012.30 Postulat Erich Schmid; Abklärung von Standorte für Solaranlagen auf gemeindeeigenen Liegenschaften / Beantwortung

Eintreten wird nicht bestritten.

Erich Schmid: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats. Aus meiner Sicht sind noch diverse Punkte nicht beantwortet, weshalb ich dem Einwohnerrat empfehle, den Bericht zurückzuweisen ist und das Postulat nicht abzuschreiben. Zum Bericht habe ich folgende Bemerkungen:

Der Beizug der Spezialisten von AEW für diese Abklärungen finde ich sehr gut.

Bei den untersuchten Objekten fehlen aus meiner Sicht aber einige wichtige Abklärungen, die es noch zu untersuchen gibt:

- Die Anlagen der Wasserversorgung. Dabei ist insbesondere das Pumpwerk Aesch zu untersuchen und die Abklärungen sind nicht nur auf das Dach, sondern auch auf die umliegende Schutzzone, zumindest S1 mit einer extensiven Nutzung, zu erweitern.
- Das AWZ ist zwar keine eigene Anlage, ist jedoch eine öffentliche Anlage und kann durch die Gemeinde direkt beeinflusst werden. Die Dächer der Gebäude des AWZ sind recht gross und könnten ebenfalls interessant für die Nutzung sein.
- Beim „Goldiland“ ist ein Neubau geplant. Hier bietet sich einerseits eine ansprechende Grösse des Daches und andererseits, durch den Neubau, die Chance für eine gut durchdachte Konstruktion und keinen Eingriff in die bestehende Bausubstanz.

Die Unterlagen auf der Aktenauflage, welche durch das AEW erarbeitet wurden, zeigen auch Richtkosten für die Investitionen auf. Aus meiner Sicht sollte das AEW auch im Stande sein, die Erträge sowie die Betriebskosten mittels Richtgrössen aufgrund von Erfahrungswerten anzugeben. Deshalb verstehe ich nicht, dass auf die Darstellung von Kosten/Nutzen Verhältnissen, so wie im Postulat gefordert, verzichtet wurde.

In seiner Beantwortung lässt der Gemeinderat offen, wie er gedenkt mit dem positiven Ergebnis dieser Abklärungen umzugehen. Ich kann deshalb ankündigen, dass die CVP ein weiteres Postulat einreichen wird, in welchem gefordert wird, dass der Gemeinderat weitere Abklärungen bei den potentiellen Standorten macht: Sicher für die Dreifachturnhalle und, je nach Ergebnis der noch nicht untersuchten Möglichkeiten, auch für weitere Standorte.

Da aus meiner Sicht noch diverse Punkte offen sind, beantrage ich die Beantwortung des Postulats im Rat zu diskutieren.

Aufgrund vorstehender Äusserungen empfehle ich dem Einwohnerrat, die beiden Anträge des Gemeinderates abzulehnen.

Bettina Lutz Güttler: Der Antrag auf Diskussion ist gestellt.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird mehrheitlich angenommen.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Aus meiner Sicht sind in der Schutzzone S1 im Aesch keine baulichen Massnahmen erlaubt. Das AWZ gehört nicht zu den gemeindeeigenen Liegenschaften, könnte aber angeregt werden. Zum Goldiland gibt es einen klaren Entscheid des Gemeinderates bei allen Neubauten aber auch bei wesentlichen Umbauten und Sanierungen von gemeindeeigenen Liegenschaften wird der Gemeinderat in Zukunft die Frage nach Alternativenergien jedes Mal aufnehmen und beantworten. Da ist allerdings zu beachten, dass unsere Liegenschaften sich in einem guten Zustand befinden und grössere Dachsanierungen in absehbarer Zeit nicht geplant sind. Eine Photovoltaikanlage sollte aber etwa 25 Jahre lang installiert bleiben. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das Mögliche mit der Beantwortung erledigt wurde. Sie sehen, dass es gemeindeeigene Liegenschaften gibt, die sehr geeignet sind, bei anderen bräuchte es weitere Abklärungen. Dort wissen wir

nicht, ob wir dies in unseren normalen Möglichkeiten abklären könnten oder ob dies mit einem Projektierungskredit gemacht werden müsste. Aus Sicht des Gemeinderates wird die Gemeinde selber kaum eine eigene Anlage erstellen bzw. in eine eigene Anlage investieren. Wenn Sie dies möchten, dann müssten Sie den Gemeinderat beauftragen, dass er dies plant und in Angriff nimmt. Ich gehe dann davon aus, dass beim Einwohnerrat zuerst der Projektierungskredit beantragt wird und anschliessend die Investitionskosten. Logischerweise wäre dies auch zuerst für die Sporthalle. Der Gemeinderat sieht eher die Möglichkeit, dass die Dachflächen bei den geeigneten Liegenschaften vermietet werden und Verträge mit externen Investoren abgeschlossen werden. Solche Abmachungen gibt es bereits heute an vielen Orten und das Risiko ist mit vertraglichen Abmachungen vertretbar. Es kann jetzt noch nicht gesagt werden, ob dies ein privater Verein ist, eine Genossenschaft von Einwohnerinnen und Einwohnern oder ein lokaler oder regionaler Energieversorger. Der Gemeinderat hat noch keine Verhandlungen geführt. Er möchte wissen, wie Sie zum Postulat stehen und legt den Bericht zur Diskussion vor. Weitere Projekte wurden noch nicht abgeklärt.

Dieter Martin: Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates mehrheitlich zu. Wir sind der Meinung, dass das Postulat abgeschrieben werden sollte. Es geht unseres Erachtens zu weit, wenn der Gemeinderat auch noch ein Projekt ausarbeiten sollte. Der Gemeinderat hat gemäss Postulat das mögliche Potenzial an Flächen auf den gemeindeeigenen Liegenschaften abgeklärt und kann jetzt Interessenten die Flächen anbieten. Diese Interessenten sollen jetzt Projekte einreichen und dann kann der Gemeinderat dem Einwohnerrat allenfalls einen Antrag stellen über mögliche Beteiligungsvarianten. Im Weiteren ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass der Gemeinderat mit seinem energiepolitischen Programm 2013-2016 einen guten Weg eingeschlagen hat. Wir möchten ihn auf diesem Weg weiter zu gehen bestärken.

Theo Flückiger: Ich spreche im Namen der Fraktion SP/Grünen aber wie sicher auch alle wissen, auch als Präsident der Solarlobby. In der Fraktion wurde entschieden, dass das Postulat abgeschrieben werden sollte auch wenn es noch im einen oder anderen Punkt Fragen gibt. Wenn es abgeschrieben wird, dann werden die Daten öffentlich und können genutzt werden. Wir von der Solarlobby haben durchaus Interesse gezeigt. Es wurde sogar vorgeschlagen, von uns aus verschiedene Dächer zu untersuchen und sind dann darauf hingewiesen worden, dass die Resultate abgewartet werden sollen. Bei der Paul Hitz AG haben wir die Möglichkeit erhalten, das Dach zu nutzen. Das Projekt liegt draussen auf und kann gerne mitgenommen werden. Trotzdem habe ich noch Bemerkungen zum Bericht des Gemeinderates. Zur Wirtschaftlichkeit gibt es einfache Tools, wo berechnet werden kann, was benötigt wird und was anschliessend das Resultat wäre. Im Bericht steht weiter, dass vor allem bei Grossdächern eine Wirtschaftlichkeit gesehen wird. Diese Aussage ist nicht richtig. Wenn man in die kostendeckenden Einspeisungsvergütungen kommt, ist jede Anlage wirtschaftlich. Diese Ergebnisse kommen vom AEW, dort ist es klar, dass diese Interessen an grossen Flächen haben. Es würden nicht so viele Grundbesitzer eine Anlage bauen, wenn dies nicht wirtschaftlich ist. Es wurde auch gewünscht, dass ein positiver Anreiz geschaffen wird für die Bevölkerung und dieser Punkt fehlt klar bei den Aussagen. Meiner Meinung nach müsste die Haltung des Gemeinderates sein, dass aufgezeigt wird, dass auch Kleinanlagen interessant sind. Es sollte das Ziel sein, dass die Hauseigentümer selber investieren, dann müsste nicht die Gemeinde.

Willi Graf: Ich kann die Schlüsse von Theo Flückiger nicht nachvollziehen. Er kommt zum Schluss, dass das Postulat nicht richtig beantwortet ist, dass verschiedene Sachen fehlen z.B. Berechnungstools. Die Investition- und Betriebskosten fehlen in dieser Beantwortung. Aus diesem Grund komme ich nicht auf den gleichen Entscheid, dass man das Postulat gutheisst und das Postulat abschreibt. Ich bin der Meinung, dass der Bericht abgelehnt werden sollte und das Postulat nicht abgeschrieben wird. Wenn wir diesen Bericht durchwinken, dann kommen immer schlechtere Berichte zum Vorschein. Wir sollten auch zeigen, dass wir dies in dieser Art nicht akzeptieren können.

Ueli Zulauf: Wenn der Bericht des Gemeinderates abgelehnt wird, passiert gar nichts. Der Gemeinderat hat nicht den Auftrag nachher einen besseren Bericht vorzulegen. Wenn wir das Postulat aufrecht erhalten, dann entsteht eine sehr komische Situation. Der Einwohnerrat

lehnt das Postulat ab, aber schreibt es nicht ab und der Gemeinderat macht gar nichts. Im Gegensatz zum Postulat Baldeggtunnel ist der Auftrag nicht klar. Es heisst nur abklären und der Gemeinderat hat in seinem politischen Ermessen gehandelt. Wenn ein präziser Auftrag erteilt wird, dann ist es möglich, dass der Gemeinderat nochmals dahinter muss. Es nützt nichts, wenn das Postulat abgelehnt wird, da nichts passiert.

Josef Sieber: Jetzt verstehe ich nichts mehr. Dies ist ein Antrag und diesen kann man entweder annehmen oder ablehnen. Ich weiss nicht, wie man jetzt dazu kommt, dass es nichts bringt, wenn das Postulat abgelehnt wird.

Ueli Zulauf: Der Gemeindeschreiber wird die Auskunft gerne erteilen.

Erich Schmid: Ich nehme dies zur Kenntnis, gemäss Stellungnahme des Gemeinderates ist es so, wenn wir dies ablehnen, dann haben wir einfach ein offenes Postulat, was nicht weiterverarbeitet wird. Das Ziel ist es, dass der Bericht nochmals überarbeitet wird und anschliessend vom Einwohnerrat genehmigt werden kann.

Max Läng, Gemeindevorsteher: Das Postulat kann zurückgewiesen und zusätzliche Abklärungen können verlangt werden. Was nicht erfüllt wurde, ist bereits erwähnt worden. Der Einwohnerrat hat aber anschliessend nicht mehr. Es gibt verschiedene Vorstösse und wenn du Erich Schmid, dem Gemeinderat wirklich einen Auftrag geben möchtest, dann müsste dies als Motion eingereicht werden und nicht als Postulat.

Josef Sieber: Das war ja die Idee des Postulates. Die Idee war, dass der Gemeinderat Projekte aufzeigt, was es für Möglichkeiten gibt und wie sehen die Kosten-Nutzen-Verhältnisse aus. Man spricht hier von Solaranlagen, es gibt aber auch Photovoltaikanlagen und solarthermische Anlagen. Es sollte die ganze Brandbreite aufgezeigt werden und zwar nicht in einer rein theoretischen Abhandlung sondern wie sich dies in Obersiggenthal präsentiert und was hier Sinn macht. Dann kann sich der Einwohnerrat entscheiden, welchen Weg er gehen will. Im Moment kann ich mit diesem Bericht keine Motion schreiben, da mir die Grundlagen fehlen. Ich bin ganz klar dafür, dass dieser Bericht zurückgewiesen wird, damit mehr Informationen eingeholt werden können. Erst dann kann der Einwohnerrat entscheiden, ob dieses Postulat abgeschrieben werden kann oder nicht.

Hans-Rudolf Hess, Vizevorsteher: Der Gemeinderat hat im Rahmen der Budgetmöglichkeiten für das Postulat gar nicht mehr einsetzen können. In der Budgetierung wird es ersichtlich, wie unbeliebt das die Beratungs- und Projektierungshonorare sind. Wir haben gar nicht mehr Möglichkeiten um weitere Abklärungen vorzunehmen. Es war die Entscheidung des Gemeinderates, dass nicht mehr Geld ausgegeben wird für weitere Berechnungen wie z. B. was für eine Rendite sich ergeben könnte. Der Gemeinderat ist bereit in der nächsten Zeit einen Antrag zu stellen, dass die Gemeinde die gezielten Dachflächen zur Verfügung stellen soll und dass die notwendigen Massnahmen eingeleitet werden sollen. Aber dass der Gemeinderat im Voraus schon Rentabilitätsberechnungen ohne Budgetkredit vornimmt, war nicht vorgesehen.

Willi Graf: Ich finde die Ausrede, man hatte nicht die entsprechenden Mittel dazu gehabt nicht in Ordnung. Wenn ich das Votum von Theo Flückiger noch in den Ohren habe, der sagte, es gebe einfache Tools, wo dies berechnet werden kann. Dann zählt so eine Ausrede nicht, sondern man hat einfach den geringsten Weg gesucht. Ich bin der Meinung, dass hier wirklich die entsprechenden Investitions- und Betriebskosten fehlen, welche auch gemäss Postulatstext aufgezeigt werden müssten. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass dieser Bericht zurückzuweisen ist.

Dieter Martin: Ich habe den Eindruck es laufe Richtung Zwängerei. Der Gemeinderat hat jetzt einen Überblick was für Flächen in Obersiggenthal zur Verfügung stehen würde. Jetzt bin ich der Meinung, dass der Gemeinderat dies auf dem Markt ausschreiben soll und dann sollen die Interessenten kommen und Projekte anbieten. Dann hat der Einwohnerrat konkrete Pro-

jekte für die Entscheidung. Aus diesem Grund soll das Postulat abgeschrieben werden. Das wäre zielgerichteter und würde mehr bringen.

Christian Bossard: Noch eine kleine Ergänzung was Erich Schmid gesagt hat. Es gibt keinen Grund wieso Berechnungen vorgenommen werden sollen, solange nicht die Gemeinde selber Energieproduzent wird. Es ist so, dass ein Contractor an grösseren Flächen interessiert ist und nicht an kleinen Flächen. Das heisst, solange der Einwohnerrat nicht die Diskussion führt, ob die Gemeinde selber Energieproduzent wird, ist für mich das Postulat erledigt. Wenn wir als Einwohnerräte dem Gemeinderat den Auftrag geben, sich zu überlegen selber Energie zu produzieren, dann ist dies eine andere Sache. Aber solange wir dem Gemeinderat keinen solchen Auftrag gegeben haben, nützt uns das Postulat nichts. Darum bin ich auch dafür, dass dieses Postulat abgeschrieben wird.

Abstimmungen

1. Der Rückweisungsantrag von Erich Schmid wird mehrheitlich abgelehnt.
2. Der Bericht des Gemeinderates sei zu genehmigen. Der Bericht wird mehrheitlich angenommen.
3. Das Postulat sei als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben. Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

11 2013.15 Umfrage

Patrick Hehli: Ich habe noch eine Anfrage an den Gemeinderat, die mir aus der Bevölkerung zugetragen wurde. Wenn wir durch die Schweiz fahren, sieht man überall die Schrebergartenabschnitte. Für mich ein gutes Beispiel ist in Zürich die Schrebergartenanlage beim Hardturm. Jeder Garten hat seine Flagge aufgehängt. Für mich ist dies eine günstige Plattform von Integrationsarbeit. Bei unserem Schrebergarten ist es aber so, dass nur vereinzelnde Schweizer Flaggen hängen und sonst nichts. Die Person, die an mich herangetreten ist, hat mich auch aufgeklärt, dass im Vereinsreglement betreffend Fahnen nichts geregelt sei, sondern der Baudienst habe mitgeteilt, dass nur Schweizer Fahnen aufgehängt werden dürfen. Es hat sehr viele ausländische Gäste und diese sind betrübt, weil sie bekanntlich zwei Herzen haben. Die Schrebergartenvereinigung ist bereits mehrfach an die Gemeinde gelangt, hat aber immer unbefriedigende Antworten erhalten. Jeder will der Schwarze Peter einem anderen zuweisen. Die Schrebergartenvereinigung sagt es ist der Baudienst und der Baudienst sagt es sei die Gemeinde. Wieso ist dies so? Entweder doch keine Flagge oder alle Flaggen.

Max Lang, Gemeindeammann: Diese Flaggengeschichte hat einen Hintergrund und dieser müsste man auch kennen. Im ehemaligen Jugoslawien gibt es verfeindete Gruppierungen und die sind auch hier zu finden. Eine Gruppierung spielt im Tennisclub Tennis und eine andere Gruppierung hat am Rand des Tennisclubs eine riesen Fahne des ehemaligen Jugoslawien aufgehängt. Da muss man verstehen, dass die Narben, welche durch den Krieg entstanden sind, noch nicht ganz verheilt sind. Spielt nun jemand Tennis, dann will er nicht durch die grosse Fahne an diese traurige Zeit erinnert werden. Der Gemeinderat wurde um Rat gefragt, wie man die Problematik lösen soll. Der Baudienst hat mit dieser Entscheid überhaupt nichts zu tun. Es sollte eine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Der Gemeinderat unterbreitete folgenden Vorschlag: Wir sind in der Schweiz und folglich hat die Schweizer Fahne das Primat und darf am höchsten Masten hängen. Die anderen Fahnen dürfen an den anderen Masten hängen aber nicht am höchsten Mast. Der Gartenverein war mit dieser Lösung einverstanden.

Dieter Martin: Da ich direkt am Kappisee wohne und seit neustem einen Hund besitze, laufe ich vermehrt am Kappisee herum. Es gibt am See entlang auch einige Möglichkeiten sich aufzuhalten. Zwischen der Holzplattform und dem Limmatsteg gibt es zwei Steinbänke und in Rieden neben dem Limmatsteg gibt es noch eine kleine Wiese, die sehr beliebt ist bei den Badegästen. Leider befinden sich weder bei den Bänken noch bei der Wiese Abfalleimer. Ich habe gemessen, dass zwischen der Holzplattform und dem Limmatsteg 300 Meter sind, ohne Abfalleimer. Wie wir wissen, ist es schwierig den Abfall mitzunehmen und er landet eher auf dem Boden. Wieso stellt die Gemeinde in diesem Bereich nicht mehr Abfalleimer zur Verfügung?

Max Läng, Gemeindeammann: Die Kappigeschichte hat ebenfalls einen Hintergrund. Die Wiese gehörte früher der Bevölkerung und musste eingezäunt werden und die Badenden wurden vertrieben. Es ist eine zwiespältige Angelegenheit. Es ist nachvollziehbar, dass mehr Abfalleimer gewünscht werden, auf der anderen Seite wurde festgestellt, dass dort auch anderen Abfall entsorgt wird. Wir nehmen deine Anregung auf. Auf der Plattform ist ein Abfalleimer mit einem kleinen Schlitz, damit nicht Haushaltskehrricht entsorgt werden kann. Bei der Wiese kann geprüft werden, ob ein Abfallbehälter montiert werden kann. Es gibt für den Baudienst aber mehr Aufwand, um diesen zu leeren.

Erich Schmid: Der Gemeinderat hat schon lange nicht mehr über die Holzschneitzelheizung in der Dreifachturnhalle informiert. Wie ist dort der Zwischenstand? Die WEKO hat infolge Preisab sprachen Bussen erteilt, weiss der Gemeinderat den Zwischenstand dieser Einsprachen?

Hans Rudolf Hess, Vizeammann: Betreffend Holzschneitzelheizung, der Einwohnerrat hat einen Projektierungskredit bewilligt. Der Gemeinderat ist in der Schlussphase der Abklärungen. Es liegt bereits ein erster Entwurf des Berichts an den Einwohnerrat vor. Ich rechne damit, dass dieses Geschäft spätestens an der Dezember-Sitzung traktandiert wird.

Max Läng, Gemeindeammann: Der Gemeinderat weiss nicht mehr zum Bericht, weil es immer noch ein laufendes Verfahren ist. Ich kann soviel sagen, dass es im Grossen Rat ganz viele ungeduldige Personen gegeben hat und die haben vom Regierungsrat Abklärungen verlangt. Der Regierungsrat hat einen Bericht gemacht, welcher CHF 25'000 kostete: daraus konnten aber keine neuen Erkenntnisse entnommen werden.

Erich Schmid: Ich habe diese Antwort befürchtet.

Patrick Hehli: Ich habe im September 2009 auch unter dem Traktandum Umfrage die Frage gestellt, ob das Gerücht stimmt, dass in unserer Gemeinde Kinder nicht in den Schwimmbad münchen müssen. Die Antwort von der zuständigen Gemeinderätin war damals, es sei kein Fall bekannt und wenn dann wäre dieses Gesuch sowieso über den Kanton abgelaufen. Der Schulpflegepräsident hatte damals ebenfalls Einsitz im Einwohnerrat und gab die gleiche Antwort. Mit erstaunen konnte man einen Bundesgerichtsentscheid lesen, dass dieser Fall leider von unserer Gemeinde ist. Warum hat die Gemeinde sei es Seite der Schule oder des Gemeinderates kein Statement auf Anfrage der Presse abgegeben? Falls der Fall an den Europäischen Gerichtshof weitergezogen wird, müssen dann noch Verfahrenskosten getragen werden?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Der Gemeinderat ist nicht Gerichtspartei. Der Kanton hat dieses Verfahren vor Bundesgericht verlangt. Aus diesem Grund kann ich mir nicht vorstellen, dass die Gemeinde hier irgendwie involviert wäre. Es gilt nach wie vor, in unserer Schule ist Schwimmpflicht. Wenn es im Einzelfall Entschuldigungen oder Dispensen gibt, dann ist die Schulleitung zuständig. Wieso wurde der Presse keine Auskunft gegeben? Ich persönlich wurde von der Presse nicht angefragt. Die Anfrage an die Schule kam am Freitag nach Auffahrt und die Schule geschlossen war. Ab Montag ist die Schulleitung für Auskünfte zur Verfügung gestanden.

Bettina Lutz Güttler, Präsidentin: Wenn keine weiteren Fragen mehr sind, schliesse ich die Einwohnerratsitzung. Der Treffpunkt nach der Sitzung ist das Restaurant Hirschen.

Die Präsidentin:

Bettina Lutz Güttler

Die Protokollführerin:

Romana Giandico-Hächler